

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19210617MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

„Das Samburger Echo“
erschließt täglich zweimal,
Sonntags u. nach Feiertagen
einmal. Preis 25 A. monatl.
10 A. vorauszahlbar incl.
Post.

Samburger Echo

Einzelnummer morgens 20 A., abends sowie Sonn- und Festtags 30 A.

Anzeigen die ohne besondere
Vereinbarung 2,30 A. zu 100
50 Prozent Zuerst-
zahlung. Arbeitsmarkt u.
Familienanzeigen 2,40 A.
Anzeigen in Anbahnung
Eheschließung 11 A. pro
Zeile (10 bis 12 Uhr abends
für den folgenden Tag),
in den Spalten 1 bis 3
und in allen Annoncen-
Büros.
Wahl- und Datenverzeichnisse
ohne Verbindlichkeit.

Nr. 276.

Freitag, den 17. Juni 1921 - Morgen-Ausgabe.

35. Jahrgang.

Moskau und die KPD.

„Das richtige Kind mit dem Wasserlopp.“

Unser Berliner Bureau übermittelt uns folgenden inter-
essanten Bericht:

„Wir kamen in den Besitz eines Protokolls über eine Sitzung
des Exekutivkomitees der dritten Internationale in Moskau, die
dort am 9. und 10. März getagt hat. Für die deutsche KPD
suchte der Reichstagsabgeordnete Kurt Geher deren Politik zu
rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie
folgt herunter:

K. Geher: Geher habe „offiziellen Optimismus“
gepredigt. Es sei doch gar keine Vereinigung da, das beweise
allein die Existenz der KPD, bereinigt sei nur die linke KPD,
mit dem Sozialismus. Diese kombinierte KPD zeige Tendenzen,
die befähigen, die Welt zu revolutionieren. Die KPD sei unter der
Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu
rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie
folgt herunter:

K. Geher: Geher habe „offiziellen Optimismus“
gepredigt. Es sei doch gar keine Vereinigung da, das beweise
allein die Existenz der KPD, bereinigt sei nur die linke KPD,
mit dem Sozialismus. Diese kombinierte KPD zeige Tendenzen,
die befähigen, die Welt zu revolutionieren. Die KPD sei unter der
Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu
rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie
folgt herunter:

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

„Die KPD sei unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Kurt Geher deren Politik zu rechtfertigen. Nadel putzte seinen jungen Mann Geher wie folgt herunter:“

Einigung in Oberschlesien?

Kommunistische Erhebungen?

Wie die Wälder aus Oberschlesien melden, wurden die Verhandlungen zwischen dem englischen General Henniker und dem früheren deutschen Selbstschützer, General Höfer, heute fortgesetzt. — Laut „Vossischer Zeitung“ sei im wesentlichen eine Einigung erzielt. Es sei anzunehmen, daß auch der Jüdischer-Ausschuß, mit dem namentlich das englische Mitglied der Interalliierten Kommission, Sir Gerald Stuart, verhandelt, sich mit den Bedingungen, die bei dieser Gelegenheit gegeben wurden, vorläufig einverstanden erklärt. Das sozialdemokratische Mitglied des deutschen Jüdischer-Ausschusses in Oberschlesien, Cyrus, äußert sich in den „Oppeller Nachrichten“ über eine Verständigung mit der Interalliierten Kommission dahin, daß das Verlangen der Kommission, Annaberger zu räumen und durch italienische Truppen besetzen zu lassen, vielleicht doch bei Vornahme anderer Garantien angenommen werden könnte, da der Berg als militärischer Stützpunkt nicht mehr in Betracht komme. Cyrus fordert als Garantie, daß die Injuranten wenigstens als erste Etappe Gleiwitz und Hindenburg räumen und hofft, daß auf der gekennzeichneten Grundfläche eine Einigung zwischen dem Jüdischer-Ausschuß und der Interalliierten Kommission möglich ist.

Wäldermessungen aus Weußen zufolge bildete sich im Kreise Plesch in der nächsten Nähe des Hauptquartiers Korfants eine rote Armee. Der Abteilungscommandant Korfants ist abgesetzt. Die bolschewistischen Injurantenabteilungen erschaffen von den Industrieverwaltungen und der Kaufmannschaft Beträge bis zu 200 000 A. Auf mehreren Grundstücken im Zentralindustrialgebiet weilt seit heute die rote Fahne. Einzelne Industriebetriebe wurden unter der Diktatur der Arbeiter gestellt. Korfants verlegte das Hauptquartier nach Blohitz, Kreis Groß-Strehlitz.

Die polnischen Kommunisten, die sich gegen Korfants erhoben haben und die bolschewistischen Aufständischen, die sich das ober-schlesische Chaos zunutze machen, treten spät auf, so daß kaum anzunehmen ist, daß sich ihre Erhebung lange hinziehen wird. Vom ersten Tage des Korfantschen imperialistischen Vordringens an lag die kommunistische Presse dieses durchaus nationalitätlichen Polenunternehmens in einen kommunistischen Auffand um. Das bauerte solange, bis die Oppeller KPD öffentlich ihre deutschen Genossen Lügen strafe und sich an die Seite der überfallenen Schlesier stellte. Heute geht das noch weiter. Die kommunistische Presse veröffentlichte gestern einen Aufruf des Zentralkomitees der KPD, in dem in bewegtesten Worten gegen den nationalitätlichen Injurantenaufruf Stellung genommen wird. Es heißt da: „Der Diktator Korfants erläßt unerhörte Lutherbefehle über die Todesstrafe für eine Aufrechterhaltung zum Streik und für sogenannten „Verrat“ und organisiert überall Standgerichte, deren Todesurteil nach drei Stunden auf der Stelle vollstreckt wird. Die Mißhandlungen der Arbeiter spotten jeder Beschreibung.“ Stroht auch der Aufruf sonst von unlogischen Schlussfolgerungen, verdreht er auch dadurch, daß er den deutschen Selbstschützern mit den Korfantsbanden in einen Topf wirft, die ganze Sachlage so, wie es die schon lange von der Berliner Zentrale gewollte Taktik erfordert, so ist er doch interessant als Zeitdokument und Beweis für die Zusammenhänge der augenblicklichen Empörung kommunistischer Kutschketten mit dem allgemeinen Geschehen in Oberschlesien. Treffen die Nachrichten darüber, daß es zwischen dem deutschen Selbstschützern und den Interalliierten zu einer Einigung gekommen ist, zu finden endlich die Engländer die Entschlußkraft, die Polen zur Räumung zu bringen und den Verträgen Geltung zu verschaffen, dann wird auch der bolschewistische Spul in Oberschlesien bald sein Ende finden.

Deutschland und Dänemark.

Der „Neuenerboter“ bringt ein Gespräch seines Vertreters mit dem dänischen Ministerpräsidenten Scavenius. In diesem Gespräch erklärte der Minister: Die Richtung unserer Politik ist und bleibt eine sorgfältig abgewogene Neutralität. Bezüglich Norddeutschlands stehen wir nur auf der Grundlage des Vertrages von Versailles. Ich gebe zu, daß ich mir eine günstige Lösung vorstellen könnte, aber wir streben nicht nach der Wiedervereinigung der beiden Teile. Wir sind nur auf dem Wege einer freundlichen Regelung der zahlreichen Schwierigkeiten und Fragen, die sich aus dem Vertrag ergeben. Auch die Deutschen werden zugehen müssen, daß wir nicht mehr erreicht haben, als uns nach allen Rechtsbegriffen zusteht. Die Volksabstimmung hat das am deutlichsten bewiesen. Ich glaube, zu meiner Freude konstatieren zu können, daß das deutsche Volk aus diesem Grunde keinen Haß gegen uns hegt. Wir brauchen unsern Nachbarn nicht nach den Augen zu sehen; aber ausgedehnte Beziehungen mit ihm sind für uns von großem Wert. Für kleine Länder ist jede Feindschaft eine Gefahr. Was nicht ist, wenn man mächtige Nachbarn hat. Seine Mächtigkeitspolitik bietet so dauerhafte Garantien, daß sie für alle Teile Sicherheit gegen die Rache eines starken Nachbarn bedeuten kann. Diese Auslegung genügt bereits, um Dänemark abzuhalten, sich im Mittelmeer einer bestimmten Macht oder Mächtigkeitspolitik anzuschließen. Wenn es wahr wäre, daß wir das Gebiet, das wir zurückbekommen haben, nur unter dem Schutz der gegenwärtigen Entente halten können, dann müßte ich bedauern, daß wir es zurückbekommen haben; denn früher oder später müßte das zu unserem Untergang führen. Aber ich bin überzeugt, daß unsere Beziehungen zu unsern südländischen Nachbarn keine Gefahr für unsere Existenz mit sich bringen und daß dieser nicht daran denkt, uns das Leben schwer zu machen.

Die Abstimmung der englischen Bergarbeiter.

Wie die Wälder melden, bedeutet das bisherige Ergebnis der Abstimmung der Bergarbeiter eine Ueberraschung. Die Mehrheit der Arbeiter sprach sich bisher gegen die Annahme der neuen Angebote der Bergwerksbesitzer aus. Dem „Daily Telegraph“ zufolge ist es wahrscheinlich, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit im ganzen des Streiks sich ergeben werde. Das Übergangsrecht wird nicht vor heute abend oder morgen feil bekanntgegeben werden.

Der amerikanische Senat gegen den Frieden.

Wie die „Chicago Tribune“ aus Washington meldet, wurde die Resolution Porter, die im Repräsentantenhaus am letzten Montag angenommen worden ist, wie voraus zu sehen war, vom Senat abgelehnt. Ueber die Resolution wird jetzt in gemeinsamer Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat beraten.

Zu Reichstage kommt am heutigen Mittag die Interpellation über den Vorstoß an Carrels zur Verhandlung.

Zu englischen Unterhause wurde gestern mitgeteilt, daß die durchschnittlichen monatlichen Kosten für die britischen Truppen in Oberschlesien 77 000 Pfund betragen.

Der türkische Großvezir Tewfik Pascha bildete folgendes Ministerium: Außenminister Fethi Pascha, Inneres und Unterrechtswesen Mustafa Pascha, Marine Mustafa Pascha, Landwirtschaft, Handel und Landwirtsch. Sela Bey, Finanzen Nurettin Bey.

Koalitionstribe durch die Entscheidung in der Getreidebewirtschaftung?

Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

Berlin, 15. Juni 1921.

Der Reichstag sah in seiner Dauerung am Donnerstag von Anfang bis zu Ende ein vollbesetztes Haus und fällt die Entscheidung über die Getreidebewirtschaftung. In zahlreichen, zum Teil namentlichen Abstimmungen, mußten die Fraktionen Farbe bekennen, wie sie zur Brotversorgung des Volkes stehen. Dabei zeigte sich mehr und mehr, daß sich die sozialistischen Parteien ein bürgerlicher Block gegenüberstellte, wenn auch bei einer Abstimmung die Deutschnationalen als taktischen Gründe mit den sozialistischen Parteien gingen. Sie stimmten mit uns den § 1 des Gesetzes nieder, weil ihnen die 3 Millionen Tonnen Brotgetreide, die der Gesetzentwurf erschaffen will, noch zuviel sind. Wir stimmten mit den beiden anderen sozialistischen Parteien gegen den § 1, weil wir 4,5 Millionen Tonnen Brotgetreide zu erträglichen Preisen für die Bevölkerung sichern wollten. Da sowohl dieser sozialistische Antrag wie der § 1 des Regierungsentwurfes abgelehnt wurden, schloß nun durch die ganze Sitzung an Stelle des Paragraphen eine breite Lücke. Während der stundenlangen Erörterungen suchten die bürgerlichen Parteien nach einem Ausweg, um das Gesetz zu retten.

Aus der Debatte ist die Mitteilung des Reichsernährungsministers Dr. Herms hervorzugehen, daß die Vorkreis-erhöhung erst zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, also gegen den Herbst hin, eintreten und keinesfalls über 50 % betragen soll.

Alle Versuche der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, dem Gesetz noch einige Verbesserungen beizubringen, scheiterten an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Als dann schließlich auch die Resolution des Ausschusses abgelehnt wurde, die den Schutz des Reallohnes der Arbeiter und den Schutz gegen die weitere Verelendung der Renteneempfänger forderte, wenn die enorme Teuerung kommt, eine Resolution, die ferner die Gewinne bei der Annäherung an den Weltmarktpreis für die Allgemeinheit verlangte, sank das Interesse an der Annahme des Gesetzes für die Arbeitermassen auf Null.

In der dritten Lesung gab der bürgerliche Block dem § 1 des Gesetzes folgende Fassung: Für den Bedarf der verorgungsberechtigten Bevölkerung sind in dem Wirtschaftsjahr 1921/22 aus dem Inlande 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide im Wege der Umlage auszubringen. — Der Bürgerblock gab diesem Beschluß auch sofort die richtige Auslegung, indem er folgende Entschiedenheit der Deutschnationalen anmahnte: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, damit alsbald der freie Verkehr für Brotgetreide, Gerste und Hafer inländischer Ernte eingeführt wird.

Das ist in der Tat die Folge des Gesetzes, das am Donnerstag die bürgerliche Koalition geschlossen gegen die ebenso geschlossene Front der drei sozialistischen Parteien angenommen hat: Binnen wenigen Wochen werden die Massen der Verbraucher zu spüren bekommen, was an diesem Donnerstag im Reichstag geschah ist. Niemand glaubt daran, daß die 2 1/2 Millionen Tonnen wirklich ersetzt und wenigstens ein Teil des Brotgetreides zu erträglichen Preisen verarbeitet werden kann. Das ganze Umlageverfahren ist nur noch eine Kulisse für die freie Wirtschaft. Die letzten Sicherungsmaßnahmen gegen den Brotwucher sind gefallen. Annäherung an den Weltmarktpreis und damit ein Gewinn von rund 5 Milliarden Mark für die deutsche Landwirtschaft, zugleich aber wachsende Verelendung der auf festen Lohn Angestellten sind aus dem heutigen Beschluß zu befürchten.

Auch politisch darf man an diesem Tag nicht vorbeigehen. Die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition ist bei dem ersten wichtigen Wirtschaftsgesetz auseinander geraten. Das ist wirklich keine Festigung der ohnehin von vielen Gefahren bedrohten Regierung. Wie wird es bei dem Kampf um die Steuern, wie soll es bei der Heranziehung der Goldwerte werden? Diese Fragen drängen sich heute manchem noch stärker auf, als in den vergangenen Wochen. Die Partei wird gut tun, für alles gerüst zu sein.

(Telephonischer Bericht.)

115. Sitzung.

Donnerstag, 16. Juni, nachmittags 2 Uhr.

Das Haus verlagerte ohne Aussprache nach den Anträgen des Geschäftsbereichsausschusses die Genehmigung zur Erörterung der Angelegenheit des Reich (R.) und Mittel (M.).

Im Dammelsprung wird mit 187 gegen 108 Stimmen der drei sozialistischen Parteien ein Antrag Hoffmann (H.) abgelehnt, den Abgeordneten Wendelin Thoma (T.) zu beauftragen, die Angelegenheit des Reich (R.) und Mittel (M.) zu erörtern, sobald aus der Gefangenensache Landsberg in Bayern zu entlassen. (Zurufe bei den Komm.)

Die Bewirtschaftung des Getreides.

Da die allgemeine Aussprache geschlossen ist, wird sogleich über § 1 des Gesetzes abgestimmt. Abgelehnt werden die Anträge Müller-Franken (M.F.) und Dr. Herz (H.) auf Beibehaltung der bisherigen Form der Bewirtschaftung des Getreides. Ueber einen Antrag Dürke (D.) die Zwangsverpflichtung aufzuheben und die freie Wirtschaft einzuführen, wird namentlich abgestimmt und der Antrag mit 173 gegen 158 Stimmen der beiden Reichsparteien, der Demokraten und der bürgerlichen Volkspartei abgelehnt. Abgelehnt werden sozialdemokratische Anträge, die Umlage auf 4 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen. Angenommen in namentlicher Abstimmung wird mit 214 gegen 128 Stimmen ein Antrag Böhmke (B.) (D.F.), Dürke (D.), Furlage (F.), die Höhe der Umlage auf 2 1/2 Millionen Tonnen festzusetzen. Abgelehnt wird ein Antrag Herget (H.), als Termin der Umlagefreigabe das erste Viertel der Umlage den 15. November festzusetzen, anstatt des 15. Oktober. Der Antrag Müller-Franken (M.F.) und Dr. Herz (H.), wonach die von der Umlage nicht erfaßten Getreidemengen an die Reichsgetreidebestelle zu einem vom Reichstag festgesetzten Höchstpreis abgeteilt werden sollen, wird abgelehnt. — In der Gesamtabstimmung wird im Dammelsprung der § 1 mit 189 gegen 146 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten abgelehnt. Die Seele gewonnen. Geschäftsbereichsausschuß mußten wir aber die weiteren Paragraphen beraten, da der Reichsernährungsminister nicht beschäftigt, die Vorlage zurückzugeben. (Hört, hört und Seufzer!). Die Beratung wird mit § 2 fortgesetzt.

Dr. Heim (H.) (D.F.): Die Zwangsverpflichtung ist heute das Verhängnis, was es gibt. Sowjetrußland hat schon beim Friedensschluß mit Polen mit der Offenheit gegen das kapitalistische Europa Halt gemacht und weiter hat Sowjetrußland mit der freigabe der Getreidebewirtschaftung kapitalistischer vor den 85 Prozent Bauern. (Zurufe links: „Das ist nicht wahr!“) Was ich behaupte, liegt in keinem Zweifel, sondern in der Freiheit. Das Umlageverfahren als System hat alle Nachteile der Zwangsverpflichtung. Wenn wir unter den jetzigen günstigen Verhältnissen nicht zur freien Wirtschaft übergehen, so wird der Uebergang später voraussichtlich teurer kommen.

Reichsernährungsminister Dr. Herms: Die Zwangsverpflichtung ist allerdings produktionsfeindlich. Daraus kann man aber nicht den Schluß ziehen, daß sofort zur freien Wirtschaft übergegangen werden muß. Wir müssen auch darauf Rücksicht nehmen, daß die Belastung der Verbraucher noch gerade erträglich bleibt. Weiterhin bin ich der Landwirtschaft gerade in der Preisfestlegung entgegengekommen. Die Brotversorgung kann nur in der bisherigen Form durchgeführt werden. Bei einigen guten Willen kann die Landwirtschaft die Umlage durchaus erfüllen. Mit der alten Zwangsverpflichtung noch eine bis zwei Millionen Tonnen herauszubringen und dann das Getreide freizugeben, wäre ungerecht. — Der Minister wendet sich dann gegen die Behauptung des Abgeordneten Dr. Herz über die angebliche Ausfuhr großer Mengen von Hülsenfrüchten aus Ostpreußen: Ausgeführt ist der tausendfache Teil von dem, was der Umlage für den Herbst 1921 festgesetzt ist. (Hört, hört, hört und Beifall.) Das letzte vom Abgeordneten Dr. Herz behauptete Schreien ist übrigens noch nicht einmal abgehört, sondern zurückgeschickt worden. (Geräusch hört, hört!).

Dr. Herz (H.): Es handelt sich nicht nur um Hülsenfrüchte, sondern auch um Getreide und Getreideerzeugnisse. Reichsernährungsminister Dr. Herms: Im Mai ist überhaupt kein Getreide ausgeführt. (Hört, hört!) Hier steht das Gegenteil! Wenn Herr Dr. Herz schäufelnde Beweise beibringt, als die amtlichen, mag er mir sie vorlegen.

Dr. Heim (H.): Wenn man den freien Handel zuläßt, wird die Landwirtschaft schon das Nötige leisten.

Dr. Andre (A.): Bei der Zulassung des freien Handels muß der Getreidepreis sich in wenigen Tagen dem Weltmarktpreis angleichen. Dann würde der Preis sich verdreifachen. Eine Katastrophe kann man nicht beabsichtigen.

Reichsernährungsminister Dr. Herms: Unsere Reservierung an Brotgetreide genügt nicht für den Lebensbedarf der Bevölkerung. Die Bevölkerung für das Auslandgetreide kann, ebenso wie die Zwangsverpflichtung nur langsam und vorsichtig abgebaut werden.

Simons-Franken (S.F.): Das Umlageverfahren kann nicht verbündet, daß dieselben Katastrophen eintreten, wie bei der freien Wirtschaft. Einige Kaufvereine, nicht alle, haben nur darum die freie Wirtschaft gefordert, weil sie durch die Wider, die Schlechtwetterwässer führen konnten, benachteiligt wurden.

Die §§ 2 und 3 werden angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag, zu § 4 Fleisch zu bringen, wird abgelehnt.

§ 9 bestimmt, daß die Verwaltungsabteilung aus einem Direktorium und einem Kuratorium besteht. Abgelehnt wird ein deutschnationaler Antrag, wonach unter den ständigen Mitgliedern des Direktoriums selbst drei Landwirte sein müssen. Angenommen wird ein Antrag der Regierungsparteien, wonach dem Kuratorium auch Vertreter des Gewerkschaftsbundes und des deutschen Bauernbundes angehören sollen. Abgelehnt wird eine Reihe von Anträgen auf Hinzuziehung einer Reihe anderer Organisationen sowie des Handels, der Mülerei und des Handwerks zur Geschäftsabteilung. Ein Antrag der Deutschnationalen auf Streichung des § 2, wonach bei nicht rechtzeitiger Lieferung die Kommunalverbände das Recht auf Enteignung des Getreides haben, wird abgelehnt.

Dr. Wasmann (W.): beantragt, dem § 47 einen Absatz hinzuzusetzen, in dem die zum Schutze der Dauererzeugung erlassenen Strafbestimmungen aufgehoben werden.

Dr. Herz (H.): Eine allgemeine Amnestie für Vergehen gegen die Vorschriften über die Dauererzeugung erscheint im hohen Grade bedenklich. Im übrigen ist die Begnadigung Sache der Länder.

Ständehörsaal (S.) lehnt den Antrag aus denselben Gründen ab.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag abgelehnt.

Nach § 60 bestimmt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates und einem dem Reichstag gewählten Ausschuss von 25 Mitgliedern die Preise, die den Erzeugern für das Umlageverfahren zu zahlen sind.

Simons-Franken (S.F.) verlangt, daß der Reichstag den Getreidepreis festsetzt. Ist es richtig, daß schon vor der neuen Ernte eine Erhöhung des Brotgetreides eintreten soll? Minister Herms verneint dies: Eine Erhöhung wird frühestens zu Beginn des neuen Wirtschaftsjahres eintreten. Unter keinen Umständen wird die Umlage mehr als 50 % betragen. (Hört, hört!).

Gunow (G.): fordert Rücknahme auf Ostpreußen.

Dr. Herz (H.): Unter den Reichsministern herrscht große Erörterung. Wäre jetzt in kurzer Zeit eine allgemeine Erhöhung des Preispreises erfolgen, dann wäre niemand imstande, der Erregung der verelendeten Massen Herr zu werden.

Minister Herms sagt Rücknahme auf Ostpreußen zu. § 50 bleibt unverändert; ebenso der Rest des Gesetzes in zweiter Lesung.

Eingegangen sind vier Entschlüsse. Eine Entschlußung des Ausschusses fordert gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes; eine Entschlußung Müller-Franken verlangt einen Gesetzesentwurf, der allen Beamten und Angestellten ein Mehrerhalten in der Höhe sichert, bis der Steigerung der Löhne der Lebenshaltung entspricht. Eine deutschnationale Entschlußung verlangt den freien Verkehr für Brotgetreide, Gerste und Hafer. Eine Entschlußung Dürke (D.), Dürke (D.), Furlage (F.) enthält die Reichsregierung die Lohn- und Gehaltsempfänger, ebenso die Rentner vor einem Sinken ihres Reallohnes zu schützen. Der Ausschussantrag wird mit 206 gegen 138 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Dürke-Böhmke wird angenommen, ebenso die deutschnationale Entschlußung; dagegen wird die Entschlußung Müller-Franken (M.F.) abgelehnt.

Um 7 1/2 Uhr schlägt Staatspräsident Dr. Weizsäcker bis 8 Uhr vor zur Vornahme der dritten Lesung. Gegen den Widerspruch der Kommunisten folgt das Haus dem Vorschlag des Präzidenten. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Wesentlich der dritten Lesung und der Entscheidung über die Getreidebewirtschaftung bemerken wir unsere Leser auf den Nachbericht.

Preussischer Landtag.

(Telephonischer Bericht.)

29. Bericht.

Berlin, 16. Juni, mittags 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Justizgesetzes

wird fortgesetzt.

Staatsminister (S.): Den Erklärungen des Justizministers stimmen wir im ganzen zu. Man darf aber nicht lediglich die Interessen des Schuldners in den Vordergrund stellen. Wir sind für die Angliederung der neu zu schaffenden Arbeitsgerichte an die Amtsgerichte. Eine weitere Ausdehnung der Sondergerichte ist nicht erwünscht. Wir wünschen ferner die Zulassung der Frauen zum Schöffens- und Geschworenentum. Auch die Laien sollen im weitesten Maße zum Richteramt hinzugezogen werden. Die Höhe gegen die Justiz gerichtliche Entscheidung Rattehabers wollen halten wir für die notwendige Entscheidung kann aber das Wissen der Justiz gewahrt werden, denn folgt ein Justizminister Geschäft nach der Verknüpfung des Urteils im Richteramt. Selbstentwurf nach elenden Wörtern spricht, es ist empörend, wenn ein preussischer Minister Swearing in öffentlicher Versammlung in vielerlei erklärt hat, ihn seien noch die bürgerlichen Menschen vorgekommen, wie die preussischen Richter. (Unruhe links.) Wenn man einen Beweis für das Vorhandensein der Massenjustiz erbringen will, darf man nicht, wie es Herr Heilmann getan hat, ganz verächtliche Verhältnisse, wie sie in Ostpreußen und Hannover vorliegen, gleichstellen. Zwar darf das Streikrecht nicht angetastet werden. Aber wer arbeiten will, darf davon nicht gewaltsam gehindert werden. Eine bedingte Begnadigung halten wir für verfehlt. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge lehnen wir ab.

Justizminister Am Schluß tritt eine auf der Tribüne unverständliche Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß für Referendare 8 1/2 Millionen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Partei-Bekanntmachungen

District Harbeshude. Seite (Freitag) oben 74 Uhr bei...

Wandsbeck und Umgegend. Die Mittel. Auf die Zuschrift, die wir in der Sonnabend...

Aus dem Hamburger Parteilieben. Der Unterhaltungsabend der Barmbecker Genossinnen...

Nachrichten für Eltern. Elternrat der Arbeitsgemeinschaft St. Pauli-Süd...

Letzte Nachrichten. Arbeiterdemonstrationen in der Platz aus Anlass der...

Briefkasten. H. 1921. Es sind alle in Stellung...

Amliche telegraphische Schiffsmeldungen. Donnerstag, 16. Juni, 10 Uhr nachmittags...

Altona und Umgegend. Die Differenzen in der Fischbranche.

Wie wir erfahren, haben sich die Arbeitgeber nacheinander...

Lebensmittelversorgung. 1900 Gramm Brot oder 1750...

Sandel mit Alkohol. Auf Grund des § 9 der Verordnung...

Weniger Erwerbslose. Die Zahl der unterrichtigen männlichen...

Der Johann-Jahrmarkt wird vom 20. bis 28. Juni auf...

Im Freien Bildungswesen der Stadt Altona haben am...

Stellungen-Gangenselbe. Funktionärin am Sonnabend...

Sozialdemokratischer Verein. Unsere nächste Mitgliederversammlung...

Freier Turn- und Sportverein. Da von der letzten Versammlung...

Aus den Elbgemeinden. Blankenese. Pastor Seehorn's Ansprache. Wege zu neuer...

Tages-Bericht. Hamburg. Kommunistiche Methoden.

Eigenartige Mittel wandte der altpreussische Militarismus...

Die Verwaltungsverhältnisse Hamburg des Deutschen Metallarbeiter...

Die Schwarze-Schmach-Kundgebung. Trotz der nicht wegzuleugnenden schwarzen Schmach...

Wiederholungen des revolutionären Schauspiel 'Freiheit'...

Rechtskonventionen für den Bundesrat Hamburg. In der am 18. Juni d. J. stattgefundenen außerordentlichen...

Die Frage Groß-Hamburg im Wirtschaftsrat.

Der Wirtschaftsrat beschäftigte sich am Donnerstag, 16. Juni...

Die Frage Groß-Hamburg gliedert sich in eine verwaltungs-

Arbeitsmarkt. Witterungen u. Blätter... Tischer... Kleinriedler...

Anzeigen. Bekanntmachung über die Wochenverteilung des Kriegsverorgungsamts...

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Bezirksverein Hamburg und Umgegend. Bezirksversammlungen...

Die Frage Groß-Hamburg im Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat beschäftigte sich am Donnerstag, 16. Juni...